

# ISOR aktuell

Nr. 1/99 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Januar 1999

Mitteilungsblatt  
der Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

**UNO-Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte:**

## Diskriminierung früherer Staatsdiener der DDR beenden

Zwei Meldungen kennzeichnen die gegenwärtige Situation:

● Das Bundesverfassungsgericht sieht sich erst 1999 zur Entscheidung in Sachen Rentenrecht und Versorgungsrecht in der Lage, und der Gesetzgeber „wartet ab“.

● Ein Komitee der Vereinten Nationen rügt benachteiligende Behandlung von DDR-Bürgern im heutigen Deutschland und fordert Änderung dieses Zustandes, wie den Zeitungen „Neues Deutschland“, „junge welt“ sowie Nachrichten des Mitteldeutschen Rundfunks zu entnehmen war.

Das UNO-Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte befaßte sich auf seiner letzten Sitzung im Jahre 1998 mit dem noch von der Kohl-Regierung 1996 abgegebenen „Dritten Bericht der BRD zur Durchführung des Internationalen Paktes vom 16.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ sowie den 1997 dazu erarbeiteten Stellungnahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), der von ISOR unterstützend zugearbeitet wurde.

Im Ergebnis der Beratung stellte das Komitee „mit Bestürzung“ fest, daß nur 12 Prozent der Angestellten im Wissenschafts- und Technologiebereich der früheren DDR, dazu gehören Lehrer, Wissenschaftler und andere qualifizierte Berufszweige, erneut Anstellung gefunden haben und der Rest weiterhin ohne Anstellung, angemessene Entschädigung oder zufriedenstellenden Rentenanspruch ist. Das Komitee befürchtet, daß die Mehrheit der Betroffenen nicht aus beruflichen oder wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen aus ihren Anstellungen entlassen wurde. Das stelle eine Verletzung des Artikels 2 (2) der Konvention dar.

Deshalb fordert es die Regierung der BRD auf, „sicherzustellen, daß öffentlich Beschäftigten, Spezialisten und Wissenschaftlern, die mit dem alten Regime in der früheren DDR verbunden waren, ein Ausgleich gewährt wird und zu sichern, daß solch ein Ausgleich fair im Blick darauf ist, so viele wie möglich von ihnen in das normale Leben zu integrieren, und/oder ihnen eine faire Entschädigung oder ange-

messene Pensionsregelungen anzubieten.“

Wie das UNO-Komitee rügte, besitze die Konvention über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte keinen ausreichenden Status im deutschen Rechtssystem.

Mit der Stellungnahme zum „Dritten Bericht der Bundesregierung ...“ hatte die GBM das UNO-Gremium außer auf die von diesem selbst gerügten Mißstände u.a. auch auf die Berufsverbote für 1,5 Millionen Menschen, auf nicht gewährte Renten und Versorgungsansprüche sowie geschmälerete Altersversorgung hingewiesen.

In der Zuarbeit von ISOR zur Stellungnahme der GBM heißt es kritisch zum Abschnitt Rentenversicherung des Regierungsberichtes u.a.:

„... Die noch bestehenden Diskriminierungen durch Vorenthaltung der rechtmäßig bestehenden Leistungen aus dem Rentenrecht für Rentner aus den neuen Bundesländern und der Wegfall von Leistungen für Rentner aus der DDR durch die Überleitung in das Rentenrecht der BRD werden ausgelassen ...

Wenn auch 1996 die Neuregelung des AAÜG voraussehbar war, so wird die mit dem AAÜG bis dahin bestandene Diskriminierung von mehr als Hunderttausend ehemals in der DDR den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen angehörenden Rentnern völlig unerwähnt gelassen, und mit keinem Wort werden die weiter bestehenden Verletzungen von Grundrechten erwähnt, wie sie das Grundgesetz und die über ein Jahrhundert währende politisch-moralische Wertneutralität des Sozialrechts garantieren. Auch hier wäre im Interesse einer realistischen Berichterstattung die Darstellung der tatsächlichen Lage auf dem Gebiet der Rentenversicherung notwendig gewesen. ...

Wir fragen die Regierung der BRD und den Gesetzgeber:

● Wie ist ... es vereinbar, wenn für ehemalige Angehörige des MfS/AFNS für jedes Dienstjahr, unabhängig von Dienststellung und Dienstgrad, nur 70 Prozent des Durchschnittslohnes für die Rente berechnet werden ... Und warum wird diesen Betroffenen für Folgen nach erlittenen Unfällen kein Dienstbeschädigtenausgleich, wie für ehem. Angehörige der NVA, der Polizei und des Zolls, gezahlt?

Auch nach den Neuregelungen des AAÜG, die erst ab 01.01.1997 in Kraft traten, fragen wir:

● Wie ist mit den Regeln der Rentenversicherung der BRD vereinbar, wenn bei Einkommen, welches höher war als das eines Hauptabteilungsleiters (E3) nur der Durchschnittslohn für die Rente Berücksichtigung findet?

● Wie ist mit dem Rentenrecht der BRD vereinbar, wenn erst ab 01.01.1997 den ehemaligen Angehörigen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme die Rente – wie für jeden anderen Rentner auch – bis zur allgemein gültigen Beitragsbemessungsgrenze gezahlt wird und die Abzüge der Jahre davor als 'Strafe' bestehen bleiben?

● Wieso erhalten die ehemals Bediensteten ... keine Versorgungsleistungen für ihr Einkommen über die allgemeine Beitragsbemessungsgrenze hinaus, wie es in der Bundesrepublik für Beamte und im öffentlichen Dienst Tätige üblich ist? Auf diese und andere Fragen gibt die Bundesrepublik in ihrem Bericht keine Antwort. Im Abschnitt Rentenversicherung wird die Lage geschönt.“

Die Meinungsbildung im UNO-Komitee wurde u. a. auch durch Gruppenbeschwerden von etwa 1.800 ISOR-Mitgliedern mit detailliert und nachprüfbar dargestellten Auswirkungen politischer Instrumentalisierung des Rentenrechts unterstützt. Der Vorstand dankt allen daran Beteiligten für ihre Aktivitäten.

In Auswertung des Regierungsberichtes und der erwähnten Stellungnahmen forderte das UNO-Komitee, die deutsche Regierung solle in einem Akt der „nationalen Versöhnung“ sicherstellen, daß ehemalige DDR-Staatsbedienstete und -Wissenschaftler eine gerechte Entschädigung bzw. angemessene Rentenansprüche erhalten und so viele Betroffene wie möglich wieder in das öffentliche und kulturelle Leben Deutschlands integriert werden. Die deutsche Regierung solle den „Prozeß der Integration zwischen Ost- und Westdeutschland an allen Fronten vorantreiben, um die noch immer bestehende Kluft zu verringern“.

ISOR teilt den Standpunkt des Vorsitzenden der GBM, Prof. Dr. Wolfgang Richter: „Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die UNO ... eigene Forderungen an die Bundesregierung stellte, die auf eine umgehende Beseitigung bereits acht Jahre andauernden Unrechts zielen. Wir möchten ... gern die Hoffnung teilen, daß die neue Bundesregierung die Forderungen des Sozialpaktes stärker im Grundgesetz verankert, die ökonomische und soziale Kluft zwischen Ost und West schließt und alle bislang Diskriminierten umgehend in das normale Leben des Landes entsprechend ihren Berufen und Möglichkeiten integriert. Daß Kompensation von Unrecht zu nationaler Versöhnung gehört, darf nicht ungehört verhallen. Auch wünschten wir uns, daß das Bundesverfassungsgericht bei seiner bevorstehenden Beratung über Renten und Versorgungsfragen die Forderung der UNO nach Kompensation von entgangenen Leistungen der Altersversorgung ernst nimmt.“

Der Vorstand dankt allen, die zum Jahreswechsel Grüße übermitteln haben

## Blick nach vorn

Nachdem der Vorstand in Erwartung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes mehrfach den Termin einer Beratung mit dem Beirat verschoben hatte, fand diese am 12. Dezember in Berlin statt. Sie war geprägt von dem festen Willen, auf der Grundlage der von den Vertreterkonferenzen bestimmten Generallinie entschlossen die Auseinandersetzung um die Beseitigung des Rentenstrafrechts und Versorgungsrechts fortzusetzen.

So wurde auch die Information des BVerfG aufgenommen, es sei um eine Entscheidung bis zum Ende des I. Quartals 1999 bemüht. Vorstand und Beirat sind gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate gewillt, sich durch solche Verzögerungen nicht in der eigenen Aktivität behindern zu lassen.

In seinen einführenden Bemerkungen verwies der Vorsitzende der ISOR e.V., **Horst Parton**, auf einige Höhepunkte des Jahres 1998, die auch für uns von Bedeutung waren. So nannte er u.a. die Demonstration am 20. Juni in Berlin unter der Losung „Aufstehen für eine andere Politik“ sowie die Wahlen zum Bundestag und zum Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 27. September und selbstverständlich die mündliche Verhandlung beim BVerfG am 21. Juli 1998.

Er führte aus:

*„Wir können erfreulicher Weise davon ausgehen, daß die Mehrzahl unserer Mitglieder das öffentliche Eintreten unseres Vereins für die sozialen Belange der Menschen, die gegenseitige Hilfe bei der Bewältigung schwieriger Lebenslagen und den Kampf um soziale Gerechtigkeit, einschließlich des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht und Versorgungsrecht weiterhin unterstützt und initiativreich handelt. Das beweisen u.a. die Aktivitäten von Mitgliedern in den TIG gegenüber internationalen Gremien, den Regierenden des Bundes und der Länder, den Petitionsausschüssen und den Parteien. ...*

*Es ist dem Vorstand ein aufrichtiges Bedürfnis, allen Freundinnen und Freunden dafür zu danken und sie gleichzeitig zu ermuntern, in ihren Aktivitäten nicht nachzulassen.“*

Wie bereits berichtet, hat sich auch der Vorstand nach den Bundestagswahlen erneut an die Politiker in Bonn mit der Forderung gewandt, ihre Versprechen einzulösen und das Rentenstrafrecht umgehend zu beseitigen.

Im besonderen ging Horst Parton auf die mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichtes am 21. Juli 1998 in Karlsruhe ein, mit der eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Regelungen des AAÜG begonnen wurde.

Er faßte den Inhalt der dort behandelten Beschwerden und Richtervorlagen gegen verfassungswidrige Bestimmungen des AAÜG in folgenden vier Punkten zusammen:

- Kürzung der Arbeitsentgelte für Angehörige „staatsnaher“ Zusatz- und Sondersorgungssysteme,

- Begrenzung der Zahlbeträge von Renten auf 802,-, 2010,- bzw. 2700,- DM,

- unveränderte Kürzung der Entgeltpunkte für eine Tätigkeit beim MfS/AfNS auf 0,7 jährlich,

- Gewährung von Versorgungsleistungen zusätzlich zur Rente für ehemalige Angehörige der Zusatz- und Sondersorgungssysteme.

Darauf folgend entwickelte sich eine interessante, breitgefächerte Diskussion, aus der sich folgende Schwerpunkte herauskristallisierten:

**1. Unabhängig vom Zeitpunkt der Entscheidung des BVerfG dürfen wir nicht nachlassen, den Politikern unsere berechtigten Forderungen deutlich zu machen.** Dies ist um so wichtiger, als die rot-grüne Koalition in Bonn klar zu erkennen gegeben hat, daß sie trotz ihrer Gesetzesinitiativen in der vergangenen Legislaturperiode nun erst nach der Entscheidung des BVerfG an eine Gesetzesänderung denkt. Deshalb müssen wir deutlich machen: Die Zeit drängt.

**2. Die Informationstätigkeit des Vorstandes muß weiter verbessert werden, natürlich unter Beachtung des finanziellen und materiellen Aufwandes.** Es geht dabei sowohl um eine breitere inhaltliche als auch um eine schnellere Information der Beiratsmitglieder und auch der TIG-Vorstände.

**3. Die Vorstände der TIG sollten sich auch 1999 bemühen, alle Mitglieder, die ab 1.1.1997 aus dem Rentenstrafrecht ganz oder teilweise entlassen wurden, zu überzeugen, dem Spendenaufruf, sei es auf Grund ihrer Bereitschaftserklärung, sei es auch nur aus der moralischen Verpflichtung zur Finanzierung der weiteren Arbeit von ISOR e.V., nachzukommen.**

**4. Der Zweck unserer Initiativgemeinschaft wird auch in den kommenden Jahren noch nicht erfüllt, deshalb ist das Bestehen von ISOR e.V. weiterhin erforderlich.** Die Auseinandersetzung mit dem Versorgungsrecht hat gerade erst begonnen.

Über die Entwicklung vielfältiger Formen der Pflege des Gemeinschaftslebens wurden wertvolle Erfahrungen ausgetauscht. Allerdings ist es notwendig, jüngere Freundinnen und Freunde sowohl als Mitglieder als auch für die Übernahme von Funktionen zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang sei auf zwei Beiträge in der Beratung hingewiesen. Das Mitglied des Vorstandes und Vorsitzender der TIG Stralsund, **Dr. Dietrich Richter**, verlas einen Brief der Vorstands- und Beiratsmitglieder des Landes Mecklenburg-Vorpommern an den Ministerpräsidenten Dr. Ringstorff und empfahl den Vertretern der anderen Bundesländer, sich ebenfalls mit Briefen an ihre Ministerpräsidenten zu wenden.

**Erwin Bach**, AG Öffentlichkeitsarbeit, informierte die Beratung über die Aufforderung des UNO-Komitees für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte an die Bundesregierung, die Diskriminierung früherer Staatsdiener der DDR zu beenden.

Sobald diese Erklärung vollständig im deutschen Wortlaut vorliegt, wird sie zur Unterstützung der politischen Aktivitäten an die Beiratsmitglieder und TIG-Vorstände weitergeleitet.

Vorstand und Beirat sind sich einig darüber, daß unmittelbar nach Bekanntgabe der Entscheidung des BVerfG alle TIG-Vorstände eine Schnellinformation erhalten. Im Ergebnis der umgehend erfolgenden gründlichen Beratung von Vorstand und Beirat werden die Vertreter der TIG in bewährter Weise Gelegenheit haben, sich näher über die Entscheidung und die sich daraus ergebenden politischen, juristischen und organisatorischen Konsequenzen mit Vorstandsmitgliedern zu beraten.

Auf dieser Grundlage wird die Vertreterversammlung zusammentreten, um die Beschlüsse für das weitere Vorgehen zu fassen. Sollte sich die Entscheidung des BVerfG erneut wesentlich verzögern, werden Vorstand und Beirat über das Notwendige in einer Frühjahrs-tagung beraten.

**Fazit der Beratung: Nach wie vor gilt – Kopf hoch und nicht die Hände – Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!**

★ ★ ★

## Antworten auf Glückwünsche

Die an Repräsentanten der Bundesrepublik und Mecklenburg-Vorpommerns übermittelten Glückwünsche des ISOR-Vorsitzenden und darin geäußerte Erwartungen auf restlose Aufhebung des Rentenstrafrechts und des Versorgungsrechts wurden zwischenzeitlich beantwortet von **Gregor Gysi**, Vorsitzender, und **Heidi Knake-Werner**, Stellv. Vorsitzende der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie **Klaus Grehn** mit der Versicherung, in den Bemühungen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und Versorgungsrechts nicht nachzulassen; von **Kerstin Müller**, Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die den Brief an die Arbeitsgruppe Soziales der Fraktion weitergeleitet hat, sowie vom Petitionsausschuß, der den an den Bundestagspräsidenten **Wolfgang Thierse** gerichteten Brief von diesem zugestellt bekam. **Petra Bläss**, Vizepräsidentin des Bundestages, betonte: *„Daß ich mich auch weiterhin für die Belange von ISOR einsetzen werde, versteht sich von selbst.“*

Weitere Antworten erreichten uns vom **Bundeskanzleramt** sowie von **Ulrike Mascher**, jetzt Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, sie auch im Namen des Ministers dankte.

★

Der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, **Dr. Harald Ringstorff**, antwortete dem Vorsitzenden von ISOR e.V. Horst Parton und schrieb:

*„... zunächst danke ich Ihnen für Ihre Glückwünsche anlässlich meiner Wahl zum Ministerpräsi-*

*Fortsetzung auf Seite 3*

## Fortsetzung von Seite 2

denten des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe mich darüber gefreut und möchte Ihnen ... wie folgt antworten:

Der Politikwechsel in Deutschland insgesamt und in Mecklenburg-Vorpommern im besonderen soll den Menschen mehr Arbeit, mehr soziale Geborgenheit und Gerechtigkeit bringen...

Ich kann Ihnen versichern, daß die Regierungsparteien in unserem Land bei allen Entscheidungen, die sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zu treffen sind, die politische Vergangenheit aus 40 Jahren DDR-Geschichte und den schwierigen Veränderungsprozessen in der Wende- und Nachwendzeit berücksichtigen werden. Dafür sind Regierung und Parlament in unserem Land angetreten! Dies gilt selbstverständlich auch für die Weiterentwicklung des Rentenrechts...

Ich kann Ihnen ... versichern, daß sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern darum bemühen wird, diskriminierende Regelungen bei der Rentenüberleitung zu beseitigen. Dies ist in der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien von SPD und PDS festgeschrieben. Ich möchte aber auch deutlich machen, daß hierzu das Zusammenwirken und die Einigkeit mit den anderen neuen Bundesländern gefordert sind. Inwieweit es uns hierbei gelingen wird, das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) entsprechend Ihrer an mich herangetragenen Bitte möglichst

schnell und hoffentlich abschließend zu novellieren, vermag ich derzeit noch nicht einzuschätzen.

Ich bitte Sie hier um Verständnis, daß ich die Erfüllung der von Ihnen und allen Mitgliedern der ISOR e.V. begründeten Hoffnungen und Wünsche zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Aussicht stellen kann. Dies soll jedoch nicht heißen, daß Ihre Forderungen nicht auf den vorderen Plätzen meiner 'Prioritätenliste' stehen. ...

Abschließend wünsche ich Ihnen viel Erfolg für Ihre Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der ISOR e.V."

★ ★ ★

Der Vorsitzende der TIG Zeitz, Herbert Flöter, wandte sich mit einem Brief an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, in dem er u. a. ausführte:

„... wir sind gleichfalls der Meinung wie unser Bundeskanzler Herr Gerhard Schröder, daß die neue Bundesregierung in Zukunft nicht alles anders, aber vieles besser machen wird. Dazu gehört in unserem Interesse die schnelle Beseitigung der Instrumentalisierung der Altersversorgung zu Zwecken des politischen Strafrechtes.

Die SPD hat im Mai 1995 einen detaillierten Gesetzentwurf zur Korrektur des RÜG in den Deutschen Bundestag eingebracht, der von der damaligen Koalitionsmehrheit von CDU/CSU/FDP abgelehnt wurde.

Greifen Sie diesen Gesetzentwurf auf!

Am 28. Juni 1995 wandten wir uns von Zeitz an ... Rudolf Dreßler mit der Bitte, sich für die Beseitigung von Strafnormen im Rentenrecht einzusetzen. Herr Dreßler verwies darauf, daß ... besonders die Wähler im Osten der BRD ungünstige Mehrheitsverhältnisse für soziale Gerechtigkeit geschaffen hatten und von einer CDU/CSU/FDP-Regierung keine soziale Gerechtigkeit über den Deutschen Bundestag zu erwarten ist.

Besonders wir im Osten haben diese Kritik angenommen und waren nicht untätig. Der Wahlausgang vom 27.9.98 und unsere heutige Regierung sollten dafür ein Beweis sein.

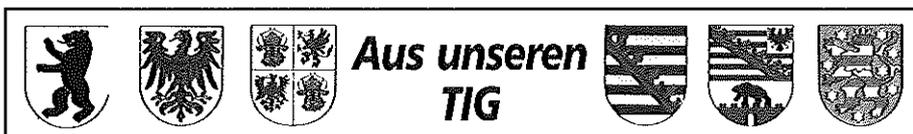
Sehr verehrter Herr Minister, jetzt sind Sie am Zuge!

Obwohl wir auf den Urteilsspruch des BVerfG Karlsruhe einige Hoffnungen setzen, gilt unser Vertrauen dem Handeln Ihrer Person..."

Minister Riester ließ wie folgt antworten:

„... Soweit Sie in Ihrem Schreiben Sachverhalte ansprechen, die im Zusammenhang mit der Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR in die Rentenversicherung stehen, teile ich Ihnen mit, daß sich die neue Bundesregierung auch dieser Problematik annehmen wird.

Um diese Fragen abschließend zu klären, soll in die Problemdiskussion jedoch auch die ... Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ... einbezogen werden..."



Die Mitglieder der Untergruppe Klütze der TIG Salzwedel haben sich entschlossen, ab 1.1.99 eine eigene TIG zu gründen.

★

## ISOR-Chronik

Die TIG Wefensleben hat mit der Erarbeitung einer Chronik begonnen. Das Ergebnis ihrer Bemühungen übersandte sie dem Vorstand mit folgendem Begleitschreiben:

„Es ist der erste Versuch, uns mit all unseren Zielen, besonders aber erster realisierter Aufgaben erkennbar zu machen. Es fehlen noch einige Facetten unserer Arbeit, die es noch zu dokumentieren gilt.

Dieses Vereinsdokument wird durch uns ständig auf dem neuesten Stand gehalten.

Es soll damit der Gedanke der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe und Geschlossenheit im gerechten Kampf gegen das Rentenstrafrecht dargestellt und ein Zeichen für verstandene Gerechtigkeit gesetzt werden. Hiermit wollen wir unsere Aktivitäten nachweisbar hinterlegen. Unser Ziel besteht außerdem darin, diese Chronik solange zu führen, wie unsere TIG Bestand

hat bzw. bis unser Kampf um Renten und soziale Gerechtigkeit von Erfolg gekrönt wurde.

Wir würden uns freuen, Eure Meinung zu unserem Versuch zu erfahren. Vielleicht habt Ihr auch Hinweise oder Tips aus anderen Chroniken von TIG, die uns hierbei helfen würden.“

### Anmerkung der Redaktion:

Wir geben das Anliegen gern an interessierte TIG weiter, die mit Wefensleben in Gedankenaustausch treten sollten.

★

## Zur Nachahmung empfohlen

Unser Freund H. J. Gläser aus der TIG Berlin-Marzahn schreibt: „Viel Geduld wurde uns in unserem Kampf um die uns zustehenden Renten schon abverlangt. Die Ergebnisse der Bundestagswahl haben die Bedingungen positiver gestaltet. Jahrelang betonte die jetzt die Regierungsmehrheit stellende SPD die Notwendigkeit und Bereitschaft zur restlosen Aufhebung des Rentenstrafrechts. Sie tat es mit ihrem Gesetzentwurf, sie tat es in unzähligen Briefen an Betroffene. Nicht ohne Hinweis darauf, daß die bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Bundes-

tag dem entgegenstünden. Daraufhin nun warten, daß sich jetzt alles von allein lösen wird, wäre Selbstaufgabe.

In der Koalitionsvereinbarung und der von Gerhard Schröder abgegebenen Regierungserklärung war dieses brennende Problem keiner Erwähnung wert! Auch das BVerfG brauchte nicht nur Jahre, ehe es endlich in der mündlichen Verhandlung vom 21. Juli 1998 versuchte, sich ein eigenes Bild zu machen. Wie sich zeigt, braucht es mit seiner Befassung mit dem Thema auch weiterhin Zeit! Ehe aber das BVerfG sich nicht geäußert hat, wird auch die Regierung nichts unternehmen. Und niemand weiß, wie schnell sie sich danach rühren wird.

Ganz offensichtlich kommt es nach wie vor auf uns, auf unsere Aktivitäten an. Wir müssen unüberhörbar und unübersehbar machen, daß wir nicht Spielmasse um Stimmen werbender Politiker sind, die nach der Wahl jedoch unbeachtet bleiben kann. Daher hat die TIG beschlossen, sich mit Briefen aller Mitglieder erneut an den Petitionsausschuß zu wenden, das Unrecht zu benennen, die Realisierung früherer Erklärungen einzufordern und deutlich zu machen, daß wir nicht aufgeben. Das werden die Betroffenen tun, aber auch ihre Angehörigen. Und sie erhalten Unterstützung durch die zwar ab Januar 1997 vom Rentenstrafrecht Befreiten,

Fortsetzung auf Seite 4

## Fortsetzung von Seite 3

aber bis zu diesem Zeitpunkt nach wie vor um hohe Rentenanteile Betrogenen. Denn eine Handvoll Briefe tut es nicht, um unübersehbar zu sein! Deshalb sollten sich alle TIG unserer Initiative anschließen! Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!"

★

Die TIG Leipzig wandte sich im November, wie Claus Brüning mitteilte, mit Schlußfolgerungen zu den Ergebnissen der Bundestagswahlen an ihre Mitglieder und forderte u.a. dazu auf, erneut mit Briefen an Bundestagsabgeordnete auf die Umsetzung früherer Zusagen zu drängen.

Der Vorstand der TIG verabschiedete in seiner Sitzung am 17.11.1998 Briefe an den Bundeskanzler, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und die Bundestagsfraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen, in denen

tion in Sachen 'Rentenüberleitung' geben. Das Urteil wird, sobald es vorliegt, sehr sorgfältig mit Blick auf eine Umsetzung möglicher Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts geprüft werden. Ich bitte Sie daher, sich bis dahin zu gedulden."

★

Wie Beiratsmitglied Charlotte Staudte berichtete, führte die TIG Dresden am 28. November ihre dritte Mitgliederversammlung durch, an der neben Ehepartnern auch Vertreter der TIG Bautzen und Meißen, der GRH, GBM sowie als Gast Prof. Dr. Horst Schneider, ehem. Dozent der PH Dresden und Mitglied der Liga für Menschenrechte, teilnahmen.

Die Anwesenden wurden über den derzeitigen Stand im Ringen um die Beseitigung von Rentenstraftrecht und Versorgungsunrecht informiert. An alle aus dem Rentenstraftrecht Ent-

diskriminieren. Dabei werde weder vor Lügen noch vor Verfälschungen zurückgeschreckt.

Der Verantwortliche der TIG für gemeinsame Fahrten berichtete, daß diese eine große Resonanz gefunden haben. Die gemeinsamen Reisen haben das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt und manchem neuen Lebensmut gegeben.

Für 1999 sind weitere Vorhaben geplant. Die Veranstaltung klang mit einem geselligen Beisammensein aus.

★

„Unsere TIG Mühlhausen, die wir im Mai d. J. gründeten, ist in der Zwischenzeit bereits, mit einigen übernommenen Mitgliedern, die in Nachbarkreisen organisiert waren, auf stattliche 42 Mitglieder angewachsen. Wir führen seit unserer Gründung monatlich zwei Mitglieder-versammlungen durch...

Auf der November-Versammlung schilderte ein Mitglied seine Eindrücke vom gegenwärtigen Prozeß gegen den ehemaligen Kommandeur des Grenzkommando Süd, Heinz Janshen und drei seiner Stellvertreter. Die Mitglieder der TIG fordern die Einstellung des Prozesses gegen diese ehemaligen Offiziere der Grenztruppen sowie jeglicher politischer Strafverfolgung."

Eberhard Pieler

★

Auf der Jahresmitgliederversammlung der TIG Berlin-Prenzlauer Berg berichtete Dr. Rainer Rothe über seine Eindrücke von der Anhörung beim BVerfG in Karlsruhe. Den Mitgliedern wurde eine Übersicht über die Arbeit des vergangenen Jahres und die anstehenden Aufgaben für 1999 gegeben. Die Anwesenden erteilten der Leitung der TIG für die vergangene und zukünftige Arbeit einstimmig ihr Vertrauen.

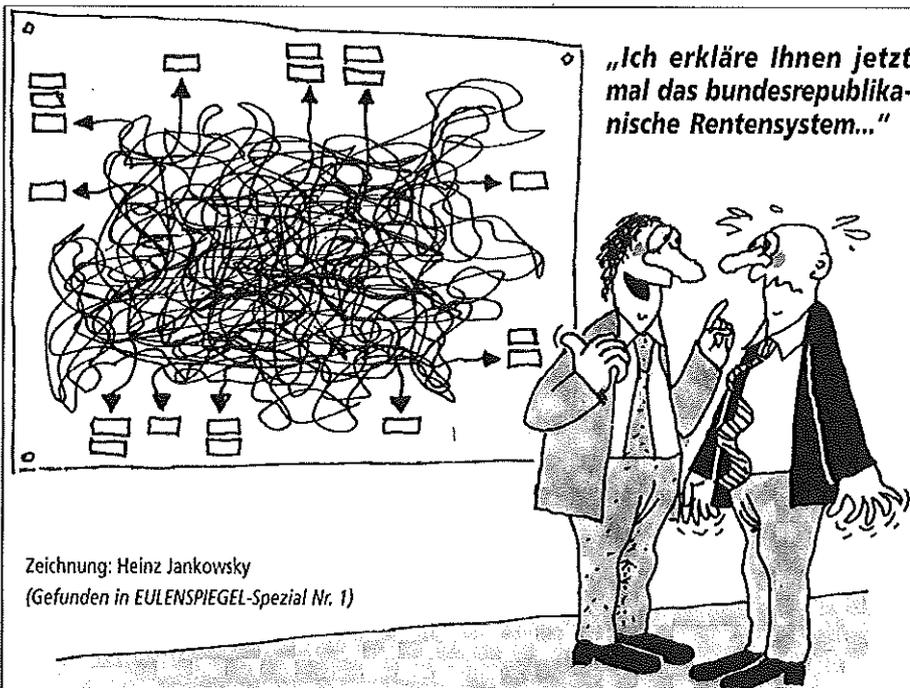
Volkmar Janda

★

Der Vorstand der TIG Berlin-Hohenschönhausen befaßte sich am 18. Dezember mit seiner bisherigen Arbeit und den bevorstehenden Aufgaben in den ersten Monaten des neuen Jahres.

Anhand einer kritischen Analyse der Tätigkeit in letzter Zeit und in Auswertung der Novemberberatungen mit den etwa 80 Betreuern der TIG wurden erste Schlußfolgerungen besprochen. Die personelle Verstärkung des Vorstandes, dessen Arbeit durch krankheitsbedingte Ausfälle behindert ist, die Vertiefung der persönlichen Kontakte zu den Mitgliedern und Kassierern, die Erarbeitung eines Arbeitsprogramms und nicht zuletzt die Aktivitäten in Erwartung der Entscheidung des BVerfG sollen dem jahrelangen Kampf gegen das Rentenstraftrecht und Versorgungsunrecht in der TIG neue Impulse verleihen. Der Vorstand der TIG bittet dabei die Mitglieder und Betreuer um die nötige aktive Mitwirkung, um die angestrebten Ziele unseres Vereins zur Realität werden zu lassen.

Werner Wunderlich



mit Nachdruck die Einhaltung und Umsetzung früherer Positionen zum Rentenstraftrecht gefordert werden. Es wurde auch ein Brief an die Bundestagsfraktion der F.D.P. gerichtet, die vor der Bundestagswahl wissen ließ, daß sie bereit gewesen wäre, in der Aufhebung von Rentenbegrenzungen weiterzugehen, als das mit dem AAÜG-ÄndG geschehen sei. Auch der Petitionsausschuß und der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages wurden zu Adressaten eines Briefes, denn sie existieren ja jetzt in anderer Zusammensetzung.

Der Petitionsausschuß antwortete im Dezember. Darin heißt es: „... Die mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Themenkomplex hat bereits am 21. Juli 1998 stattgefunden. Die Entscheidung in dieser Sache wird in absehbarer Zeit erwartet.“

Nach meiner Kenntnis wird es vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ... keine Gesetzesinitiative der neuen Regierungskoali-

lassen erging der Appell, ihrer Spendenverpflichtung nachzukommen, um die weitere Auseinandersetzung zur Verwirklichung unseres Zieles auch finanziell abzusichern. Auch wurde darauf hingewiesen, daß es jetzt mehr denn je darauf ankommt, mit persönlichen Schreiben Druck auf die Regierenden auszuüben, auch um eine schnelle Umsetzung der erwarteten Entscheidung des BVerfG anzumahnen.

Der Vorsitzende der TAG der GRH berichtete über Strafverfahren gegen Mitarbeiter des MfS, Juristen, Trainer und Ärzte, die ausschließlich zum Ziel haben, mit Urteilen den „Unrechtsstaat DDR“ zu dokumentieren. Daraufhin veranstaltete die Versammlung eine Spendensammlung. Im Ergebnis derselben konnte der GRH ein Betrag von 1.000 DM übergeben werden.

Auch Prof. Schneider wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es dem jetzigen Regime darauf ankommt, die DDR als Unrechtsstaat zu

## Meine Meinung

Realistische Politiker der SPD des Landes Mecklenburg-Vorpommern und vor allem der Bundestagsfraktion der SPD haben in der Vergangenheit den Versuch unternommen, diskriminierende Regelungen der Rentenüberleitung auszuräumen. Sie scheiterten nicht nur an der Bonner Regierungsmehrheit, sondern auch am Widerstand der Landesregierung Sachsen, der Halbherzigkeit der Landesregierungen Sachsen-Anhalt und Thüringen und auch an dem Widerstand des in SPD-Alleinherrschaft geführten Landes Brandenburg. Hat dieses doch bisher mit dem Veto der Ministerin Regine Hildebrandt alle Regelungen, das Rentenstrafrecht restlos zu beseitigen, vereitelt und sich dabei auch gegen den von der Bundestagsfraktion der SPD initiierten Gesetzentwurf gestellt.

1999 finden wieder Wahlen statt – in Berlin zum Abgeordnetenhaus, in den Ländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg zu den Landtagen. Die Politiker sollten dabei unmißverständlich erfahren, was von ihnen in bezug auf schnelle und ungehinderte Beseitigung des Rentenstrafrechts erwartet wird. Das wäre auch solidarische Unterstützung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns in deren geplanter Bundesratsinitiative (ISOR aktuell 12/98).

Deshalb gehören unsere Rentengerechtigkeit einfordernden Briefe natürlich nach Bonn an Petitionsausschuß und Politiker, aber auch an die Regierenden und die sich zur Wahl Stellen des eigenen Landes.

*Im übrigen* – immer wieder und auf vielen Ebenen hat die SPD in der Vergangenheit ihren Willen zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts betont. Die Anrufung des BVerfG war durch die bestehenden, inzwischen aber gebrochenen, konservativen Bonner Mehrheitsverhältnisse erforderlich.

Jetzt nun hat die SPD in der Regierung das Sagen. Was hindert sie da, das überlastete Bundesverfassungsgericht zu entlasten und ohne Warten auf Karlsruhe für die restlose Aufhebung des Rentenstrafrechts und Versorgungsunrechts initiativ zu werden?

Erwin Bach, AG Öffentlichkeitsarbeit

★ ★ ★

## Leser fragen – wir antworten

Uns erreichten viele Anfragen von Freunden, die in Korrespondenz mit SPD-Bundestagsabgeordneten treten wollen, wer zu den damaligen namentlichen Einbringern des „Entwurfs eines Gesetzes zur Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes“ (30. Mai 1995, Drucksache Nr. 13/ 1542) der Bundestagsfraktion der SPD gehörte und wer davon in den jetzigen Bundestag wiedergewählt wurde.

**Wiedergewählt wurden:**

Dr. Peter Struck, Fraktionsvorsitzender, Rudolf

Dreßler, Stellv. Fraktionsvorsitzender, Ottmar Schreiner, Ernst Bahr, Doris Barnett, Hans Büttner, Peter Dreßen, Iris Follak, Konrad Gilges, Iris Gleicke, Karl-Hermann-Haack, Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Christel Hanewinkel, Jelena Hoffmann (aus Chemnitz), Sabine Kaspereit, Dr. Uwe Küster, Erika Lotz, Dr. Christine Lucyga, Herbert Meißner, Christian Müller (aus Zittau), Leyla Onur, Adi Ostertag, Renate Rennebach, Gisela Schröter, Dr. Mathias Schubert, Wieland Sorge, Jörg-Otto Spiller, Reinhard Weis (aus Stendal), Gunter Weißgerber, Hans-Eberhard Urbaniak, sowie: Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident; Rudolf Scharping, Bundesminister für Verteidigung; Rolf Schwanitz, Staatsminister; und die Parlamentarischen Staatssekretäre Gerd Andres, Ulrike Mascher, Siegfried Scheffler.

Wenn auch z.T. in verantwortlichen Regierungsfunktionen, so ebenfalls erreichbar über die Anschrift der Fraktion:

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag / Bundeshaus / Görrestraße 15 / 553113 Bonn

**Im damaligen Gesetzentwurf hieß es u.a.:**

*„A. Problem*

*Das Rentenüberleitungsgesetz von 1991 ... enthält ... zahlreiche Vorschriften, die von den Betroffenen nicht zu Unrecht als Diskriminierung und als politisches „Rentenstrafrecht“ empfunden werden. Es liegt im Interesse der inneren Einheit Deutschlands, diese Diskriminierungen zu beseitigen.*

*B. Lösung*

- 1. Beseitigung der Entgeltpunktbegrenzung für die sogenannten »systemnahen« Angehörigen der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR.*
- 2. Beseitigung der Benachteiligung der »systemnahen« Angehörigen der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme bei der Obergrenze (derzeit 2010 statt 2700 DM) für den bestandsgeschützten Zahlbetrag alten Rechts.*
- 3. Überführung der Dienstbeschädigungsteilrenten aus den Sondersversorgungssystemen in die gesetzliche Unfallversicherung.“*

Im gleichen Sinne erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Rudolf Dreßler**, in der Pressemitteilung der Fraktion vom 21. Juni 1995 zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu den Defiziten der Rentenüberleitung:

*„Das für Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR geltende Rentenrecht muß aller Sanktionen entkleidet werden, die strafähnlichen Charakter haben. Im Mittelpunkt der Novellierungsbemühungen muß stehen, der moralischen Wertneutralität des Rentenrechts zum Durchbruch zu verhelfen. Das Rentenrecht fällt daher als Ersatz für das Strafrecht aus.“*

## Erneuerung braucht Perspektive

**Aufruf zum bundesweiten Ratschlag am 29. und 30. Januar 1999 in Erfurt:**

Der Regierungswechsel ist geschafft, jetzt muß der Politikwechsel folgen. Erste Ansätze sind erkennbar. Doch die politische Erneuerung braucht Antrieb durch eine starke außerparlamentarische Bewegung. Und sie braucht Perspektive, damit der Aufbruch zu einer neuen Politik gelingt. Die Aufforderung, aus der Zuschauerdemokratie herauszutreten, galt nicht nur für Wahlkampfzeiten.

Wir bleiben dabei. Wir wollen die soziale Demokratie wagen. Wir erwarten Arbeit, Bildung und Ausbildung für alle, Einkommen zum Auskommen auch für die, die keine Arbeit haben, Umverteilung des Reichtums, ökologisch nachhaltiges Wirtschaften, eine demokratische und tolerante Gesellschaft sowie Bürgerrechte für die hier lebenden Menschen. Rassismus und Ausgrenzung weisen wir entschieden zurück. Wir wollen eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik.

Wir engagieren uns,

- damit über die Zukunft der Arbeit nicht einseitig kurzfristige betriebswirtschaftliche Interessen entscheiden;
- damit der Ausstieg aus der Atomenergie gelingt;
- damit Wahnsinnsprojekte wie der Eurofighter 2000 und der Transrapid nicht weiter Steuermilliarden verschlingen.

Wir werden nicht locker lassen. Dem Druck der Kräfte, die am Kern der Politik nichts ändern wollen, muß die Willensbildung von unten entgegengesetzt werden.

100 Tage nach der Regierungsbildung wollen wir uns mit Trends und vorliegenden Ergebnissen des Regierungshandelns auseinandersetzen. Und wir wollen Konzepte zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme erarbeiten. Deshalb laden wir zum bundesweiten Ratschlag „Erneuerung braucht Perspektive“ ein.

*Dieser Aufruf wird vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden, deren Mitglied ISOR ist, unterstützt. Vorstand und Beirat von ISOR e.V. haben sich ebenfalls zu dem Aufruf bekannt. Horst Parton hat als Vorsitzender der ISOR e.V. ein „Bekanntnis zur Unterstützung des Aufrufes“ unterzeichnet und an das Organisationsbüro „Aufstehen für eine andere Politik“ per Adresse DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt am Main weitergeleitet.*

Die TIG und die Mitglieder werden aufgerufen, den Aufruf gleichfalls zu unterstützen.

Entsprechende Vordrucke wurden den TIG-Vorsitzenden zugeleitet.

**Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.**

## Gelebte Solidarität

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler Bürger der ehemaligen Sowjetunion sahen sich Mitglieder der TIG Stralsund (Absolventen der sowjetischen Marineakademie in Leningrad) veranlaßt, eine Spendenaktion zu organisieren, deren Erlös kranke und hilfsbedürftige ehemalige Lehrkräfte dieser Einrichtung unterstützen soll. An dieser Aktion haben sich fast alle Absolventen beteiligt. Bisher spendeten 17 Mitglieder 1.300 DM.

Dr. Franz Karfik

## Grüße aus der Haft

Liebe Freunde,  
am Ende des Jahres 1998 ist es mir ein Bedürfnis, für die vielfältigen Beweise der Solidarität herzlich Dank zu sagen.

Ein Ende der Strafverfolgung ist nicht zu erwarten und Solidarität wird auch 1999 gebraucht. Als Inhaftiertem gibt mir die Verbundenheit mit vielen bekannten und unbekanntem Freunden Kraft und Zuversicht.

Für das neue Jahr wünsche ich Euch alles Gute und Erfolge in Eurer wichtigen politischen Tätigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Lorenz, JVA Hakenfelde

Niederneundorfer Allee 140-150, 13587 Berlin

Schreiben ähnlichen Inhalts erreichten uns von Karl Leonhardt und Klaus Baumgarten, beide ebenfalls JVA Hakenfelde sowie von Heinz Ottomar Thieme, JVA 06295 Volkstedt, Am Sandberg 11.

## Der Vorstand teilt mit:

Zwischen dem Vorsitzenden der ISOR e.V. Horst Parton und dem Stellvertreter des Vorsitzenden „Ehemalige“ und Vorsitzenden „Ehemalige“ im Landesvorstand Ost des DBwV Oberst a. D. Dr. Günter Wohler fand am 16.12.1998 ein Gespräch zu beiderseitig interessierenden Fragen nach der mündlichen Verhandlung des BVerfG statt.

Es wurde vereinbart, die Gespräche am 8. Februar 1999 in der Geschäftsstelle der ISOR e. V. zu Fragen des Rentenstrafrechts und Versorgungsunrechts bzw. der Soldatenversorgung für Berufssoldaten der NVA ohne Dienstzeit in der Bundeswehr fortzusetzen.

## Aus der Postmappe

Den Vorstand erreichte ein Schreiben des **Wohn- u. Ferienhaus „Heideruh“ e.V.**, in dem es heißt: „Viele Kameradinnen und Kameraden waren

auch in diesem Jahr bei uns in „Heideruh“ und haben Erholung und Ruhe im Kreis von Freunden gefunden. 1945/46 wurde das Heim von Widerstandskämpfern erbaut und ist bis heute ein Ort der Begegnung von Antifaschistinnen aus allen Bundesländern.

Am Rande der Nordheide, mitten im Wald gelegen, bietet es die notwendige Ruhe, um Kraft zu schöpfen für die tägliche Auseinandersetzung mit der nicht so schönen Gegenwart.

Die Heide ist vor der Tür, Spaziergänge durch den Wald zum Brunsberg, nach Undeloh zum Wilseder Berg, Kutschfahrten, Ausflüge mit dem heimeigenen Bus nach Hamburg, Lüneburg, Stade und Buxtehude, nach Celle, Lübeck und Travemünde, zum Wild- und Vogelpark Walsrode, nach Worpsswede und anderes werden von uns durchgeführt. Fahrräder stehen zur Verfügung, auch für Kinder bestehen viele Möglichkeiten.

Wir haben das ganze Jahr geöffnet und auch im März, April und Mai kann die Sonne mehr Wärme bringen, als der Juli und August. Also, jetzt den nächsten Urlaub für das Jahr 1999 buchen. Wir danken allen, die bei uns waren, wünschen für 1999 ein gesundes und friedliches Jahr und hoffen auf ein Wiedersehen.

Unser Motto: Daß niemals geschehe, was einmal geschah“.

**Wohn- und Ferienhaus Heideruh e. V., Ahomweg 45, 21244 Buchholz i. d. N**  
Tel.: 04181/8726 FAX 04181/281142. Postbank Hamburg Kto.Nr.254024204 BLZ 20010020.  
(siehe auch ISOR aktuell 9/1998)

## Von Mitglied zu Mitglied

Pension mit Ein- und Zweibettzimmern in Dresden, Tel.: 0351 / 8400403

Ferienwohnungen Sächsische Schweiz (Ostrau/Bad Schandau): Tel.: 035022 / 40474

Ferienwohnung Insel Usedom, (Benz) für Reisende mit PKW, Tel.: 038379 / 20409

Landpension in Liessow (Kreis Parchim), für Reisende mit PKW, Tel.03866 / 80077

★ ★ ★

## ISOR-TIG Marzahn und F&F

laden ein zur Riesengebirgsfahrt an die Schneekoppe. Wir wohnen 8 Tage im \*\*\*Hotel „HORIZONT“, direkt im Zentrum des Gebirgsortes Pec pod Snezkou (756 m ü.M.) am Fuße der Snezka (Schneekoppe, 1602 m ü. M.), dem höchsten Berg des Riesengebirges. Das Sport- u. Freizeitzentrum sorgt für Unterhaltung und abwechslungsreiche Betätigung.

Unterkunft: Einzel- und Doppelzimmer – alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, TV-Sat

Reise-Termine / Nr.:

05. - 12. Juni 1999 / 016899

04. - 11. Sept. 1999 / 026899

Reisepreis: 536,00 DM im DZ  
EZZ 12,00 DM (je Nacht und Pers.)  
Leistung: Fahrt mit modernem Reisebus; 7x Übernachtung/Halbpension; deutschsprachige Reiseleitung; Eintritt für Sauna, Whirlpool, Fitneß, Schwimmhalle.  
BUCHUNG / INFOS: Telefon 030 / 93 52 070

Die Reisen (Reise-Nr. angeben) können telefonisch, schriftlich oder direkt im F&F - Büro im Freizeitforum, Marzahner Promenade 55 in 12679 Berlin, gebucht werden.



## Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

ALFRED ALTENBURGER, Nordhausen

LOTHAR BENNIGHOF, Gotha

HEINZ DORNBERGER, Berlin-Lichtenberg

RICHARD GERULL, Salzwedel

PETER GIERSCH, Salzwedel

KLAUS GÜTTEL, Leipzig

GERHARD HEIN, Hildburghausen

MR DR. WILFRIED HENNRICH, Stralsund

FRIITZ HOFFMEYER, Magdeburg

ERICH HOLLEY, Potsdam West

HERBERT JENDE, Potsdam

ECKARDT JUNKE, Lobenstein

WALTER KINDT, Berlin-Lichtenberg

MANFRED KIRCHNER, Nordhausen

WERNER MAHNKE, Neubrandenburg

HEINZ MATTHIES, Zwickau

KARL MÜHLSTEIN, Erfurt

EDGAR OTT, Berlin-Lichtenberg 2

WALTER PATZWAHL, Berlin-Treptow

WILLI RÖMPAGEL, Wolgast

CHRISTIAN SCHOLZE, Senftenberg

OTTO SCHULZ, Salzwedel

HEINZ SPAUSCHUS, Mittweida

DR. KURT TROMMER, Berlin-Hohenschönh.

ECKHARD WALTHER, Berlin-Köpenick

ROLF WEITERMANN, Sparnberg

HELGA WITTIG, Leipzig

**Ehre ihrem Andenken.**

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Recht

29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit

„ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich

o/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

**Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!**